

Lesermeinung

Ineffektiv und CO2-intensiv

Zu: „Stadtwerke beteiligen sich an Kohlekraftwerk“, 15.04.2008:

Mit großer Bestürzung reagieren die Bürgerinitiative für Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe und die Einwohner in der Region Wilstermarsch auf die Entscheidung in Schleswig, sich mit ihren Stadtwerken am Bau und Betrieb des Steinkohlekraftwerkes der Südweststrom Kraftwerks GmbH in Brunsbüttel zu beteiligen.

Mit der geplanten Dreimegawatt-Kraftwerksbeteiligung wird Schleswig zu einer jährlichen CO2 Produktion von ca. 17000 Tonnen beitragen. Dies entspricht einer Abholzung von ca. 8000 Bäumen. So viel CO2 kann Schleswig mit lokalen Initiativen gar nicht wieder einsparen. Hinzu kommen – alleine durch den Anteil von Schleswig – mehrere Kilogramm jährlicher Emissionen giftiger Schwermetalle wie Quecksilber, Cadmium, Thallium und Nickel, sowie Tonnen von Feinstaub, Kohlenmonoxid und Stickoxide. Bei der Thematik „CO2-Emissionen“ sprechen die Fakten für sich. Es gibt, nach einem Braunkohlekraftwerk, keine ineffektivere und CO2-intensivere Art der Stromerzeugung als ein Steinkohlekraftwerk ohne Kraft-Wärme-Kopplung.

Mehr als die Hälfte der erzeugten Wärme wird direkt in die Elbe geleitet und verursacht dort zusätzliche

ökologische Probleme.

Das geplante Kohlekraftwerk ohne Kraft-Wärme-Kopplung mit nur 45 Prozent Wirkungsgrad erzeugt pro Kilowattstunde fast viermal so viel CO2 wie ein gleich großes Gas-Kraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung. Das Kraftwerk mit zwei Blöcken mit je 900 MW wird rund 10 Millionen Tonnen CO2 jährlich ausstoßen. Wenn die Stadt Schleswig den Klimaschutz ernst nimmt, kann sie nicht gleichzeitig den klimafeindlichen Energieträger Steinkohle fördern. Die Beteiligung der Stadt Schleswig widerspricht weiterhin klar der Resolution des Klimabündnis, dem Schleswig selbst auch angehört. Diese fordert bei neuen Kraftwerken eine Pflicht zur Kraft-Wärme-Kopplung und damit deutlich höhere Mindestwirkungsgrade.

Wer jetzt auf den Bau von Kohlekraftwerken mit einer Betriebsdauer von 40 bis 50 Jahren setzt, blockiert zudem Investitionen in effizientere und klimafreundliche Energietechnologie auf Jahrzehnte. Schleswig sollte bei der Beurteilung seiner künftigen Energieerzeugung berücksichtigen, welche Auswirkungen sie auf die regionale und die nationale CO2-Bilanz hat und wie die beschlossenen mittel- und langfristigen nationalen Klimaschutzziele damit zu vereinbaren sind.

Dr. ARNE FIRJAHN,
Bürgerinitiative für Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe